Stand: 16.05.2024 18:50:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/27991

"Privathaushalte im Rahmen der Energiekrise zügig entlasten: Bund muss endlich Voraussetzungen für den Vollzug des Härtefallfonds für nicht leitungsgebundene Brennstoffe (z. B. Heizöl, Pellets, Hackschnitzel, Flüssiggas) schaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/27991 vom 21.03.2023
2. Beschluss des Plenums 18/28112 vom 22.03.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 139 vom 22.03.2023

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 21.03.2023 **Drucksache** 18/**27991**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer, Thomas Huber, Alfons Brandl, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Steffen Vogel und **Fraktion (CSU)**

Privathaushalte im Rahmen der Energiekrise zügig entlasten: Bund muss endlich Voraussetzungen für den Vollzug des Härtefallfonds für nicht leitungsgebundene Brennstoffe (z. B. Heizöl, Pellets, Hackschnitzel, Flüssiggas) schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass private Haushalte, die auf nicht leitungsgebundene Energieträger (z. B. Heizöl, Pellets, Hackschnitzel, Flüssiggas) angewiesen sind, seit geraumer Zeit aufgrund extrem hoher Verbraucherpreise mit erheblichen Kostensteigerungen zu kämpfen haben.

Der Landtag stellt weiterhin fest, dass seitens der Staatsregierung derzeit bereits mit Hochdruck – trotz weiterhin fehlender Rahmenbedingungen des Bundes – konkrete administrative Umsetzungsschritte im Hinblick auf die vom Bund angekündigten Härtefallhilfen für Privathaushalte, die mit nicht leitungsgebundenen Brennstoffen heizen, vorbereitet werden. Weiterhin unklar ist allerdings, wann die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und allen Ländern unterschrieben sein wird beziehungsweise ab wann entsprechende Bundesmittel zur Auszahlung der Härtefallleistungen zur Verfügung stehen werden.

Um die vorgesehene Entlastung für Privathaushalte, die mit nicht leitungsgebundenen Brennstoffen heizen, schnellstmöglich umsetzen und in die Antragsbearbeitung gehen zu können, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Voraussetzungen für die Umsetzung durch die Länder zeitnah geschaffen sowie die durch den Vollzug der Entlastungsmaßnahme entstehenden Verwaltungskosten durch Bundesmittel getragen werden.

Begründung:

Im vergangenen Jahr hat es zeitweise eine starke Erhöhung der Verbraucherpreise bei nicht leitungsgebundenen Energieträgern gegeben, sodass insbesondere Privathaushalte, die mit Heizöl, Pellets, Hackschnitzel oder Flüssiggas geheizt haben, mit erheblichen Kostensteigerungen zu kämpfen haben.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bereits Mitte Dezember 2022 hat der Bundestag im Rahmen des Gesetzes zur Einführung einer Strompreisbremse und zur Änderung weiterer energierechtlicher Bestimmungen über einen Entschließungsantrag der Ampel-Koalitionsfraktionen die Voraussetzung für die Einrichtung der Härtefallhilfen für Nutzerinnen und Nutzer von nicht leitungsgebundenen Energieträgern (z. B. Heizöl, Pellets, Hackschnitzel, Flüssiggas) geschaffen. Außerdem wurde die Bundesregierung aufgefordert, mit den Ländern eine Verwaltungsvereinbarung zur konkreten Ausgestaltung der Härtefallregelungen abzuschließen.

Viele Besitzerinnen und Besitzer von Heizöl-, Pellets-, Hackschnitzel- oder Flüssiggasheizungen versuchen seit Bekanntwerden dieser Möglichkeit, einen Heizkostenzuschuss aus dem Härtefallfonds zur Rechnung aus 2022 zu beantragen. Privathaushalte, die zwischen dem 1. Januar 2022 und 1. Dezember 2022 von drastisch gestiegenen Preisen bei nicht leitungsgebundenen Energieträgern betroffen waren, sollen von der Härtefallhilfe beziehungsweise rückwirkenden Heizkosten-Entlastungen profitieren können. In der Entschließung des Bundestags vom 15. Dezember 2022 heißt es hierzu, dass Rechnungen in diesem Zeitraum berücksichtigt werden können. Welche Privathaushalte im Hinblick auf den vorgenannten Zeitraum tatsächlich von der Hilfe profitieren können beziehungsweise ob es dabei auf das Bestell- oder Rechnungsdatum ankommt, bedarf allerdings noch einer näheren Klärung durch den Bund.

Jedoch liegt gegenwärtig die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Länder mitsamt der Konkretisierung der Rahmenbedingungen für die Härtefallregelung noch nicht vor. Ohne die notwendige Konkretisierung können die Länder die Umsetzung des vom Bund angekündigten Härtefallfons derzeit nur stark eingeschränkt vorbereiten, sodass sich die Umsetzung extrem verzögert. Um keine weitere Zeit zu verlieren, bereitet der Freistaat Bayern bereits – soweit möglich – mit Hochdruck konkrete administrative Vollzugsschritte vor. Eine Entlastung für Privathaushalte, die mit nicht leitungsgebundenen Brennstoffen heizen, ist allerdings erst möglich, wenn die entsprechenden Details und Rahmenbedingungen zur Antragstellung sowie alle weiteren Voraussetzungen für eine Förderung seitens des Bundes bekanntgegeben werden.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.03.2023 **Drucksache** 18/**28112**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer, Thomas Huber, Alfons Brandl, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Steffen Vogel und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/**27991**

Privathaushalte im Rahmen der Energiekrise zügig entlasten: Bund muss endlich Voraussetzungen für den Vollzug des Härtefallfonds für nicht leitungsgebundene Brennstoffe (z. B. Heizöl, Pellets, Hackschnitzel, Flüssiggas) schaffen

Der Landtag stellt fest, dass private Haushalte, die auf nicht leitungsgebundene Energieträger (z. B. Heizöl, Pellets, Hackschnitzel, Flüssiggas) angewiesen sind, seit geraumer Zeit aufgrund extrem hoher Verbraucherpreise mit erheblichen Kostensteigerungen zu kämpfen haben.

Der Landtag stellt weiterhin fest, dass seitens der Staatsregierung derzeit bereits mit Hochdruck – trotz weiterhin fehlender Rahmenbedingungen des Bundes – konkrete administrative Umsetzungsschritte im Hinblick auf die vom Bund angekündigten Härtefallhilfen für Privathaushalte, die mit nicht leitungsgebundenen Brennstoffen heizen, vorbereitet werden. Weiterhin unklar ist allerdings, wann die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und allen Ländern unterschrieben sein wird beziehungsweise ab wann entsprechende Bundesmittel zur Auszahlung der Härtefallleistungen zur Verfügung stehen werden.

Um die vorgesehene Entlastung für Privathaushalte, die mit nicht leitungsgebundenen Brennstoffen heizen, schnellstmöglich umsetzen und in die Antragsbearbeitung gehen zu können, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Voraussetzungen für die Umsetzung durch die Länder zeitnah geschaffen sowie die durch den Vollzug der Entlastungsmaßnahme entstehenden Verwaltungskosten durch Bundesmittel getragen werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Präsidentin
I.V.

Markus Rinderspacher
V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Robert Riedl
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Ralf Stadler
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Albert Duin
Abg. Andreas Schalk
Abg. Raimund Swoboda

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Vorab gebe ich bekannt, dass zu dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 18/27993 namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)
Privathaushalte im Rahmen der Energiekrise zügig entlasten: Bund muss endlich Voraussetzungen für den Vollzug des Härtefallfonds für nicht leitungsgebundene Brennstoffe (z. B. Heizöl, Pellets, Hackschnitzel, Flüssiggas) schaffen (Drs. 18/27991)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Robert Riedl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Robert Riedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es kann kein Zufall sein, dass unser Dringlichkeitsantrag an erster Stelle steht; denn dieser Antrag ist nicht nur dringlich, sondern überdringlich. Hundertausende Haushalte, Bürgerinnen und Bürger, warten auf eine positive Abarbeitung. Was bedeutet der Antrag "Privathaushalte im Rahmen der Energiekrise zügig entlasten"? – Der Bund muss endlich Voraussetzungen für den Vollzug des Härtefallfonds für nicht leitungsgebundene Brennstoffe wie Heizöl, Pellets usw. schaffen. Bürgerinnen und Bürger, die im vergangenen Jahr mit nicht leitungsgebundenen Brennstoffen wie Heizöl, Pellets, Hackschnitzel, Scheitholz oder Flüssiggas geheizt haben, waren durch massive Kostensteigerungen stark belastet.

Anhand zweier Beispiele möchte ich Ihnen diese Energiepreisentwicklung aufzeigen: Kostete im Mai 2020 der Liter Heizöl 46 Cent und ein Jahr später 80 Cent, waren es im Mai 2022 sage und schreibe 1,60 Euro. Das ist eine Vervierfachung. Mit Pellets verhielt es sich nicht anders. Kostete im Jahr 2021 die Tonne noch 250 Euro, war es 2022 nahezu das Vierfache – 1.000 Euro! Die Bürgerinnen und Bürger mussten dies also im wahrsten Sinne des Wortes in Kauf nehmen. Mit Flüssiggas, Holz und anderen Brennstoffen verhält es sich nicht viel anders. Uns FREIEN WÄHLERN ist es daher ein großes Anliegen, den vom Bund angekündigten Härtefallfonds so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen.

Zur Historie: Bereits am 15. Dezember 2022 hat der Bundestag im Rahmen des Gesetzes zur Einführung einer Strompreisbremse und zur Änderung weiterer energierechtlicher Bestimmungen eine entsprechende Entschließung angenommen und die Voraussetzungen für die Einrichtung der Härtefallhilfen geschaffen. Um eine Härtefallregelung zur Entlastung bei der Nutzung nicht leitungsgebundenen Brennstoffs einzurichten, wurde nun die Bundesregierung aufgefordert, mit den Ländern eine Verwaltungsvereinbarung zu schließen, die konkrete Ausgestaltungen beinhaltet. Nach der Entschließung des Bundestages können Rechnungen unter bestimmten Voraussetzungen im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 1. Dezember 2022 berücksichtigt werden.

Auf diese Ankündigung haben Tausende Haushalte gewartet und Anträge gestellt. Allerdings liegt die notwendige Vereinbarung jetzt in Berlin und ist bei uns nicht angekommen. Die Länder sind jedoch – wie in unserem Antrag beschrieben – auf die Festlegung der Rahmenbedingungen und auf den Abschluss der Verwaltungsvereinbarung angewiesen. Welche Privathaushalte im Hinblick auf den vorangegangenen Zeitraum tatsächlich von der Hilfe profitieren können bzw. ob es dabei auf das Bestell- oder Rechnungsdatum ankommt, bedarf noch einer näheren Klärung durch den Bund. Außerdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten aus unserer Sicht die durch den

Vollzug der Entlastungsmaßnahme entstehenden Verwaltungskosten für den Freistaat aus den Bundesmitteln getragen werden.

Um keine Zeit zu verlieren, bereiten die Bayerische Staatsregierung und das Sozialministerium bereits so weit wie möglich mit Hochdruck konkrete administrative Vollzugsschritte vor. Ohne die notwendige Konkretisierung können die Länder die Umsetzung des vom Bund angekündigten Härtefallfonds jedoch nur eingeschränkt vorbereiten.Eine Entlastung für Privathaushalte, die mit nicht leitungsgebundenen Brennstoffen heizen, ist somit erst möglich, wenn die entsprechenden Details und Rahmenbedingungen der Antragstellung sowie alle weiteren Voraussetzungen seitens des Bundes bekannt gegeben werden.

Gestern machte der Ministerrat den Weg für Härtefallhilfen für Wohnungsunternehmen frei. Heute bitte ich hier um Unterstützung für unseren Dringlichkeitsantrag, damit auch Privathaushalte entlastet werden. Der Bund muss zügig Voraussetzungen schaffen, sodass Bayern die Antragsbearbeitung schnellstmöglich angehen kann und Haushalte, Bürgerinnen und Bürger, das Geld bekommen, das ihnen zusteht, das sie wirklich brauchen und auf das sie warten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Riedl, Sie sind noch nicht allzu lange im Parlament, deswegen möchte ich Ihnen sagen: Die Reihenfolge der Dringlichkeitsanträge legt die Geschäftsordnung fest. Es geht dabei nicht um die Qualität der Anträge; denn sonst wären Sie mit diesem Dringlichkeitsantrag heute ganz weit hinten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Andreas Winhart (AfD): Da, wo ihr seid!)

Das ist wieder ein echter Wahnsinn. Wir haben am 2. Februar 2023 hier schon einmal das Thema Härtefallfonds gehabt. Seitdem hat sich in Ihrem Dringlichkeitsantrag nichts geändert. Sie weisen wieder mit einem banalen Antrag in Richtung Bundespolitik und machen selber keine Hausaufgaben.

(Tobias Reiß (CSU): So wie die GRÜNEN!)

Was Sie in den Dringlichkeitsantrag hineinschreiben, ist inhaltsleer. Erstens heißt es da, der Landtag stellt fest, dass die Energie teurer geworden ist. – Ja, okay. Endlich sind Sie aufgewacht, liebe FREIE WÄHLER und CSU. Das brauchen wir eigentlich nicht mehr feststellen.

(Andreas Winhart (AfD): Das habt ihr ja verursacht!)

Sie sind dafür verantwortlich, dass Bayern so schlecht dasteht, dass Bayern zum Sorgenkind der Energieversorgung geworden ist. Das ist das Verschulden der CSU und der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im zweiten Punkt stellen Sie dann fest, dass die Staatsregierung mit Hochdruck daran arbeitet. Sie haben es jetzt gerade auch schon gesagt. Das ist doch selbstverständlich, dass die Staatsregierung in so einer Zeit hoffentlich nicht Daumen dreht, sondern etwas tut. Im dritten Punkt und im vierten und abschließenden Punkt fordern Sie die Staatsregierung auf, sie möge sich mit Nachdruck weiterhin dafür einsetzen. Ja, natürlich soll sie sich weiterhin einsetzen und weiterarbeiten. Das sind doch alles Selbstverständlichkeiten!

Das, was momentan in Berlin schon alles auf dem Tisch liegt – es gibt die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern –, ist politisch alles schon beschlossen. Ihr Dringlichkeitsantrag, den sie heute einbringen, ist komplett überflüssig. Über ihn kann man wirklich nur den Kopf schütteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann komme ich zum Grundsätzlichen. Wenn Sie hier in Bayern während der letzten Jahre in der Energiepolitik nicht alles verzögert und verschleppt hätten, dann würden unsere Bürgerinnen und Bürger wirklich anders dastehen; denn dann wären sie nicht so abhängig von fossilen Energien wie Öl und Gas, sondern dann hätten wir auch in Bayern eine fortschrittliche Politik, die sich auf sichere, saubere und nachhaltige Energien stützt, wie wir GRÜNE das schon seit Jahren und Jahrzehnten fordern.

(Staatsminister Albert Füracker: Ziemlicher Unsinn, was Sie erzählen!)

Hier in Bayern – man schaue sich wieder die Haushaltsberatungen an – haben Sie genau das abgelehnt, was wir eigentlich brauchen. Sie haben zum Beispiel einen Geothermie-Fonds abgelehnt. Wärme aus Geothermie ist nachhaltig und wird in Zukunft günstig werden. Sie haben die Förderung des Ausbaus der Photovoltaik auf Dächern abgelehnt. Das sind alles Punkte, die Sie hier ablehnen. Sie kommen dann und zeigen jammernd auf Berlin. Sie sagen: Ja, dort muss es jetzt schneller gehen.

Bei Verwaltungsvereinbarungen geht es vielleicht mal um 14 Tage hin oder her. Wir reden davon, dass es politisch entschieden ist, dass für den Zeitraum 1. Januar bis 1. Dezember 2022 rückwirkend Hilfen kommen. Ob die nun 14 Tage früher oder später kommen, ist unerheblich. Es ist aber wirklich ein Problem, wenn die CSU-Fraktion in Berlin weiterhin nur blockiert. Herr Riedl, können Sie mir erklären, warum die CSU-Fraktion geschlossen gegen diesen Härtefallfonds gestimmt hat? Können Sie mir erklären, warum hier weiterhin wirklich sinnvolle Maßnahmen blockiert werden? Das kann niemand verstehen. Mit so einer Blockadepolitik wird definitiv nichts schneller vorangehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Staatsministers Albert Füracker – Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Abschließend: Sie machen den Menschen Angst. Wir machen Mut und handeln. Die Rahmenbedingungen sind in Bund-Länder-Abstimmungen.

(Staatsminister Albert Füracker: So ein Unsinn!)

Sie blockieren im Bund immer weiter.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Was blockieren wir? Sie haben eine Mehrheit im Bund!)

Sie haben zum Beispiel vom Bund Mittel für die Unterstützung der Kommunen bekommen, damit die Unterbringung der Flüchtlinge besser funktioniert. 70 bis 80 Millionen Euro hat der Bund dafür überwiesen. Was macht dagegen die Staatsregierung? – Sie bunkert das Geld. Das Geld liegt immer noch bei der Staatsregierung und ist nicht ausgezahlt, und zwar seit vielen Wochen. Jetzt sagen Sie mir, der Bund solle schneller werden in einer weitaus komplexeren Thematik? – Da kann ich wirklich nur sagen: Machen Sie Ihre eigenen Hausaufgaben und zeigen Sie nicht immer auf den Bund.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann – Staatsminister Albert Füracker: Die Ampel-Freunde sind gegen Bayern, das ist das Thema!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Abgeordnete! Kaum ist Wahlkampf, wird alles auf Berlin geschoben. Nicht, dass die Ampel irgendetwas gut macht, aber die Staatsregierung ist auch keinen Cent besser. Viel versprechen, aber nichts halten – so schaut es aus.

Die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung verursacht bei den Bürgern nur noch Kopfschütteln und ruft Existenzängste hervor. Aber ganz blöd sind Sie nicht. Mit dem

bayerischen Härtefallfonds will man sich nun die Gunst der Bürger vor der Landtagswahl zurückkaufen. Jeder Betrieb wird gerettet, sofern er aus Gründen der Energie Probleme hat. Das hat Herr Söder gesagt. Wer es glaubt, wird selig. Oder der Betrieb muss nach der Wahl wieder zurückzahlen, wie es bei den Corona-Hilfen der Fall ist.

Tatsache ist doch: Man hat sich einfach mal wieder auf Berlin verlassen, damit man selbst nichts machen muss. Man hätte die Mittel doch wie angekündigt bereits zur Verfügung stellen können, oder? Jetzt blasen Sie in bekannter Bierzeltmanie wieder die Backen auf und sagen: Wir können nichts dafür. So schaut die Politik aus, meine Damen und Herren, von der sich immer mehr besorgte Bürger enttäuscht abwenden und auf die Straße gehen.

Wer ohne Bezug zur Bevölkerung ein Land regiert, braucht sich nicht wundern, wenn es dann den Bach runtergeht. Die verkorkste Politik haben Sie mitzuverantworten, meine Damen und Herren. Da kommen Sie nicht so schnell wieder raus, auch nicht mit so einer Schnapsidee wie der Verbrennung von Holz in Kohlekraftwerken – ich denke, wenn ich das sage, an Ihren Dringlichkeitsantrag vom 16.06.2020.

Aber womit sollen denn die Leute überhaupt noch heizen? Mit Kohle? – Die ist schon Geschichte. Holz? – Holz war bisher der Inbegriff nachhaltigen Wirtschaftens. Es soll nach dem Willen der EU nicht mehr als klimaneutral gefördert werden. Seine Verbrennung produziert Feinstaub und verursacht angeblich mehr Krebstote als die Corona-Impfungen.

Gas kommt jetzt völlig überteuert über zig Zwischenhändler immer noch aus Russland oder als umweltschädliches Fracking-Gas von den kriegsprofitierenden USA. Um diesen klimaschädlichen Dreck zu verkaufen, musste erst eine Nord-Stream-Pipeline gesprengt werden – angeblich von einer Jachtbesatzung. Wahrscheinlich war es Käpt‘n Iglo.

Und Heizöl? – Heizöl geht sowie nicht mehr, weil es nach dem Willen der GRÜNEN schlichtweg verboten gehört. Wärmepumpen sind sauteuer und brauchen viel Strom,

der nicht verfügbar ist. Darüber hinaus sind sie kaum lieferbar. Wenn doch mal eine geliefert wird, dann haben Sie keinen Handwerker, der Ihnen die Anlage einbaut. Aber auch dafür gibt es Alternativen, meine Damen und Herren: AfD wählen oder frieren. Mehr sage ich nicht.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es kurz machen. Erstens sind die Härtefallhilfen für nicht leitungsgebundene Brennstoffe für kleinere und mittlere Unternehmen auf den Weg gebracht und können in Bayern seit 6. März beantragt werden. 62 Millionen Euro stehen für Bayern zur Verfügung. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt. Zweitens befürwortet die SPD ganz klar die Härtefallhilfen für nicht leitungsgebundene Brennstoffe bei privaten Haushalten. Darum geht es auch in diesem Dringlichkeitsantrag.

Wir als SPD haben uns auf Bundesebene mit Nachdruck und auch mit Erfolg dafür eingesetzt, weil wir der Überzeugung sind, dass wir Menschen in dieser Krise nicht alleinlassen dürfen. Bayern hat nun mal überdurchschnittlich viele Haushalte mit Ölheizungen. Der Entschließungsantrag im Bundestag ist schon erwähnt worden. Er hat es für diesen Härtefallfonds auf den Punkt gebracht und auch die entsprechenden Hilfen gefordert.Es ist bemerkenswert, dass sowohl CDU wie auch CSU im Bundestag gegen diesen Antrag gestimmt haben. Bemerkenswert: Hier fordern Sie es, dort stimmen Sie dagegen. Genauso bemerkenswert ist, dass CSU und FREIE WÄHLER die Staatsregierung jetzt auffordern, sich dafür einzusetzen, die Voraussetzungen für etwas zu schaffen, was Sie in Berlin abgelehnt haben. Das ist zumindest interessant. Nach unserer Kenntnis ist die Verwaltungsvereinbarung auf einem guten Weg und wird auch zeitnah kommen.

Ich darf mir noch den Hinweis an CSU und FREIE WÄHLER als Regierungsfraktionen erlauben: Andere Bundesländer haben eigene Hilfen auf den Weg gebracht. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Staatsregierung dies für Bayern nicht wollte.

Eigentlich müsste man diesen Antrag bei dieser Kombination – im Bundestag dagegen stimmen, selbst nichts unternehmen und jetzt die Staatsregierung zu Selbstverständlichkeiten auffordern – ablehnen. Wir sind aber heute milde gestimmt. Wir werden uns mit guten Gründen enthalten, obwohl die Vorgehensweise schon sehr bemerkenswert ist.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Nächster Redner: der Kollege Albert Duin von der FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schade, dass wir über solche Energiefragen überhaupt reden müssen. Wenn wir früher und mutig entschieden hätten, dass wir die Kernkraftwerke weiterlaufen lassen, und wenn wir viele andere Dinge entschieden hätten, dann hätten wir alles meistern können.

Das ist mal wieder ein typisches Mimimi der Staatsregierung. Es tut mir leid. Seit Juni 2022 betrifft ein Drittel all eurer Dringlichkeitsanträge die Landesregierung, zwei Drittel betreffen die Bundesregierung.

(Tobias Reiß (CSU): Die Bundesregierung ist halt so schwach!)

Es ist ja klar, dass ihr nicht zufrieden seid. Fakt ist, dass die Ampel den Bürgern in der Energiekrise bisher mit Milliardensummen helfen möchte. Der Bund hat 20 Millionen Haushalte mit 4,3 Milliarden Euro entlastet. Zugegeben, die nötigen Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern liegen noch nicht auf dem Tisch. Das ist ärgerlich für die betroffenen Privatleute, die im letzten Jahr für die Beschaffung von Pellets, Heizöl und Hackschnitzel tief in die Tasche greifen mussten.

Wir haben zumindest als Info, dass das Bundeswirtschaftsministerium mit Hochdruck an der Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung arbeitet. Wir können auch nicht sagen, was genau so lange dauert. Die Kollegen von den GRÜNEN wissen das vielleicht besser. Anscheinend sind noch Detailfragen zu klären. Man könnte auch vermuten, dass die Regierungen der Länder mit der Regierung des Bundes nicht besonders gut zusammenarbeiten, weil natürlich gewisse Animositäten verständlich und das Problem sind.

Dass die Ampel handeln könnte und handeln kann, das sieht man an den KMU-Hilfen für Pellets- und Ölheizungen. Das ist, wie gesagt, bereits beschlossen. Fest steht: Unser Bundesfinanzminister, der zufälligerweise zu uns – zur FDP – gehört, hat diesen Härtefallfonds, um den es geht, mit 1,8 Milliarden Euro gefüllt. Für die Ausarbeitung ist – leider – das Bundeswirtschaftsministerium und dessen Minister zuständig. Wenn Habeck sich aber lieber von Kindern die Backen anstreichen lässt oder in den "Tagesthemen" rumheult, wie ungemein unfair alle zu ihm seien, dann kommen wir gemeinsam auch nicht weiter.

Wir versichern den bayerischen Bürgern, dass wir an dem Thema dranbleiben und sie ihre Härtefallhilfen auf alle Fälle bald bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Andreas Schalk von der CSU-Fraktion.

Andreas Schalk (CSU): Herr Präsident, verehrte Kollegen! Ich kann gut an den Kollegen Duin anschließen. Ich kann feststellen, dass wir nichts anderes wollen als das, was Sie am Schluss gesagt haben, nämlich dass es jetzt einfach zeitig vorangeht. Der Begriff "zeitnah", den der Kollege Volkmar Halbleib gerade schon angesprochen hat, ist insofern natürlich schwierig, als der Begriff "zeitnah" schon nicht mehr passt; das wäre schon vorbei. Insofern hoffen wir jetzt einfach, dass es mal baldigst kommt.

Wir wollen eigentlich nicht mehr, als dass diese Verwaltungsvereinbarung endlich auf den Tisch kommt, damit man endlich arbeiten kann. Die Staatsregierung steht ja in den Startlöchern. Es fehlen einfach noch die Details in der Ausgestaltung. Wenn das kommt, dann kann man auch zügig loslegen. Ich glaube, das sollte doch in unser aller Interesse sein.

Dass dieser ganze Härtefallfonds sinnvoll ist, bestreitet überhaupt niemand. Die einzige Frage, die man stellen muss, lautet: Warum war das so ein Hickhack, bis es überhaupt zustande kam? – Am Anfang waren ja Öl und Pellets nicht drin. Dann hat man wieder etwas daran geändert. Das war also schon ein Hickhack, bis das überhaupt zustande kam.

Nichtsdestoweniger ist es jetzt so zugesagt worden. Es ist in Berlin politisch auch weitgehend auf den Weg gebracht worden. Es fehlen nur einfach noch die administrativen Voraussetzungen, damit man hier zu Potte kommen kann.

Sie, die die Ampelkoalition in Berlin tragen: Es wäre jetzt doch einfach an der Zeit, dass Sie das Ihren Kollegen mitgeben. Herr Duin hat ja schon in Richtung der GRÜNEN verwiesen. Ich will jetzt gar nicht widersprechen. Also, es wäre sinnvoll, dass das Wirtschaftsministerium hier einfach endlich zu Potte kommt.

Insofern können Sie unserem Antrag alle guten Gewissens zustimmen. Wir fordern darin nichts Unverschämtes, nichts Unmögliches, sondern nur, dass das, was längst zugesagt ist, endlich passiert. Ich glaube, das sollte auch in Ihrem Interesse sein.

Zum Kollegen Stümpfig erlaube ich mir noch eine abschließende Bemerkung: Dass die Staatsregierung etwas verschleppt hätte und die Situation in Bayern, was die Heizkosten angeht, für die Bevölkerung besser wäre, wenn irgendwo mehr Windkraft oder sonst was passiert wäre – lieber Kollege, das ist schon sehr an den Haaren herbeigezogen. Denn diese Situation, die da verursacht wurde – Sie wissen das alle sehr genau –, hat nichts mit der Energiewende hier im Land, sondern in erster Linie damit zu tun, dass ein Krieg in der Ukraine dafür gesorgt hat, dass der Gaspreis nach oben

gegangen ist. In der Folge ist dann vieles passiert. Insofern sollte man die Verantwortlichkeit da jetzt nicht irgendwo anders verorten oder hinschieben.

Verehrte Kollegen, ich glaube, wir können diesem Antrag alle guten Gewissens zustimmen. Wir sollten heute ein gemeinsames Zeichen Richtung Berlin senden. Sie von der Ampel haben hier auch die besten Argumente: Sie können es mit Ihren Kollegen in Berlin tatsächlich entscheiden.

Anstatt ein Verbot von Öl- und Gasheizungen oder andere Gängeleien zu planen, wäre es die Aufgabe des Wirtschaftsministers in Berlin, endlich einmal mit diesen Verwaltungsvorgaben zu Rande zu kommen und hier voranzukommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schalk, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Halbleib von der SPD gemeldet.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Schalk, ich bin nur neugierig: Der Deutsche Bundestag hat am 15.12. einen Entschließungsantrag formuliert:

> Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, […] mit den Ländern eine Verwaltungsvereinbarung zur Ausgestaltung eines Härtefallfonds auszugestalten. Private Haushalte, die in diesem Jahr mit Pellets, Heizöl oder Flüssiggas geheizt haben, hatten ebenfalls mit erheblichen Kostensteigerungen zu kämpfen. Es wird deshalb eine Härtefallregelung zur Entlastung bei der Nutzung von nicht leitungsgebundenen Brennstoffen […] eingerichtet.

Können Sie, die Sie heute hier im Plenum selbstbewusst auftreten, mir sagen, warum die CSU – also Ihre Kollegen – im Deutschen Bundestag dieser Entschließung, dieser Passage nicht zugestimmt, sondern sie abgelehnt hat?

Andreas Schalk (CSU): Herr Kollege Halbleib, Sie haben das mit Sicherheit alles nachgelesen, warum das abgelehnt worden ist. Sie haben sich die Bundestagsdebatte mit Sicherheit genauso gründlich wie ich angeschaut. – Hätten Sie das gemacht, hätte ich das gemacht, hätten wir die Argumente jetzt hier. Wir haben es nicht gemacht.

Ich glaube nichtdestoweniger, alle Beteiligten – auch die Kollegen der CSU – im Deutschen Bundestag haben sich immer dafür eingesetzt,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Er weiß es nicht!)

dass es die Härtefallregelung auch für Öl- und Gaskunden gibt.

(Zuruf)

– Selbstverständlich haben sie das. Ich glaube, insofern brauchen wir jetzt nicht in die Details des Antrags über irgendeine Entschließung zu gehen. Ich glaube, es gibt für so etwas gute Gründe. Sie könnten hier heute ja auch problemlos zustimmen, wenn Sie nicht irgendwelche Gründe hätten. Ich bin gespannt, was Sie hier heute machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Das war eine hinterfotzige Fragestellung!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Was sagen uns Freie Wählerschaft und CSU? – Wir als Landtag sollen doch der Staatsregierung sagen, was sie denen in Berlin sagen soll. Sie solle dafür sorgen, dass der Härtefallfonds kommt etc. pp.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Schaufensterpolitik. Der Bayerische Landtag will das selbstverständlich. Er muss das der Staatsregierung aber nicht sagen: Die weiß schon selber, was sie zu tun hat, nämlich: sich zu kümmern. Das ist ihre Aufgabe als Verwaltungsexekutive. Das erwartet der Bürger auch von ihr. Was nützt es dem Bürger, wenn wir im Landtag in der Diskussion jetzt feststellen, wie teuer

alles geworden ist und wie schwer wir uns damit tun, das zu bezahlen? Viele Bürger tun sich ja noch viel schwerer als Sie alle hier im Hohen Haus.Das nützt nichts. Was nützt es dem Bürger, wenn der Landtag feststellt, dass die Administration bereits verwaltungstechnisch in Vorlage gegangen ist und die Umsetzung vorbereitet hat, sollte denn dieser Härtefallfonds kommen? Was soll sie denn sonst tun? – Sie bereitet vor.

Ist der Landtag eigentlich dazu da – die FREIEN WÄHLER geben sich dafür auch noch her –, dass er das Selbstverständliche einer Staatsregierungsarbeit lobt? – Nein, natürlich ist der Landtag nicht dafür da. Welchen Mehrwert hat also dieser Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN?

(Petra Guttenberger (CSU): Welchen Mehrwert hat Ihre Rede?)

– Sie lernen etwas dabei oder schlafen; das bleibt Ihnen freigestellt. Aber allein Ihre Frage zeugt schon von einer gewissen dümmlichen Unterstellung.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Was Sie hier veranstalten, ist politische Trittbrettfahrerei. Wir stehen vor dem Wahlkampf.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Davor stehen Sie nicht!)

Sie sollten viel eher darüber reden, was die Bayerische Staatsregierung tun soll, damit sich diese Krisen endlich etwas entschärfen und beendet werden, wie etwa die selbstverschuldete Energiekrise. Hierzu zählt auch der Stopp des nutzlosen Ausbaus des Flatterstroms von Wind und Sonne. Auch die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke und der Wiedereinstieg in eine moderne, sichere Kernkrafttechnik wäre etwas, womit Sie sich befassen könnten. Das würde in den Medien wahrscheinlich auch als Knüller verstanden; das würde Ihnen vielleicht sogar Wahlkampferfolg bringen. Sie brauchen ihn bei der nächsten Bundestagswahl, weil Sie als CSU ansonsten auf Bundesebene weg vom Fenster sind.

Natürlich darf es auch kein Verbot von Öl- und Gasheizungen und keinen Sanierungszwang geben. Sie hätten der Staatsregierung ins Stammbuch schreiben sollen, dass sie das bewirken soll. Das würde die Herzen der Wähler höherschlagen lassen und Ihre dann wahrscheinlich auch. Aber die Nichtweitergabe der stark gesunkenen Strompreise erwähnen Sie gar nicht; Sie schonen also hier Energieunternehmen, die sich dumm und dämlich verdienen. Ich höre zumindest von den FREIEN WÄHLERN und der CSU nichts davon.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Stattdessen stellen Sie diesen Schaufensterantrag. – Danke für den Hinweis!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/27991 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos) und Klingen (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die FDP-Fraktion sowie die beiden Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.